

setzungen für die Rückgewinnung der politischen Initiative geschaffen hat. Der Parteiapparat muß nun Farbe bekennen, ob er die politische Sitten, die zur totalen Entmutigung geführt haben, hinter sich lassen will und zu einem neuen Aufbruch bereit ist.

Katholizismus: eine Minderheit

Der zweite Punkt, der Anlaß zu besonderer Sorge gibt, betrifft den *veränderten gesellschaftlichen Status der Kirche*. Beim Referendum über das Abtreibungsstrafrecht erreichte der katholische Vorschlag, den die DC eher lau unterstützte, bloß 33 Prozent der abgegebenen Stimmen bzw. 23,6 Prozent der Stimmberechtigten. Nur in einer einzigen Region, in Trentino/Südtirol, gab es eine knappe Mehrheit für den Antrag. Nach allgemeiner Meinung war der Ausgang des Referendums ein so einschneidender Vorgang, daß der 19. Mai 1981 ein *Schlüsselerlebnis* in der sozialen und religiösen Geschichte des Landes darstellt. Einig ist man sich vor allem darüber, daß diese zweite Niederlage, nach dem für die Kirche negativen Ausgang des Referendums über die Ehescheidung 1974, endgültig das Ende Italiens als einer vom Christentum geprägten Gesellschaft darstellt. Das Ende christlicher Vorherrschaft („la fine del regime di cristianità“) sei gekommen. Von jetzt an müsse die Kirche davon ausgehen, auch in Italien eine *Minderheit* zu sein. Auch das „katholische

Italien“ sei zu einem Land geworden, wo sich verschiedene und gegensätzliche ethische Vorstellungen und Lebensformen überkreuzen. Der organisatorische Apparat, auf dem die Kirche Italiens bis zum Ende der siebziger Jahre ihre Seelsorge stützte, war noch das logische und insofern wirksame Produkt einer das Leben des Landes mehr oder weniger bestimmenden katholischen Christlichkeit, einer Kirche, die noch auf ganz natürliche Weise den Lebenssinn der Bevölkerung widerzuspiegeln schien. Dieser Apparat entspricht aber nicht mehr den Bedürfnissen einer Minderheit innerhalb einer geistig heterogen gewordenen Gesamtbevölkerung, die keineswegs mehr von selbst anerkennt, was die Kirche darstellt.

Zum Glück hat das neu einsetzende Bemühen um eine orts- und volksnahe Evangelisierung während der siebziger Jahre verhindert, daß die Kirche ihre Möglichkeiten, auf die Gewissen der einzelnen und auf die gesellschaftlichen Verhaltensweisen einzuwirken, im Niedergang einer geschlossenen Christenheit völlig verloren hat. Zugleich wurde damit ein neuer Weg in die Zukunft geöffnet. So manche auch in diesem Artikel dargestellten neuen Fermente lassen einiges hoffen. Damit ist keineswegs gesagt, der Übergang, politisch und kirchlich, in einer Minderheitensituation gestalte sich für den italienischen Katholizismus einfach und schmerzlos. Aber es war nicht Aufgabe dieses Berichts, die Probleme vorwegzunehmen, die uns in den nächsten Jahren Mühe machen werden.

Alfio Filippi

Kurzinformationen

Bei einer Audienz für die fünf tschechoslowakischen Bischöfe anlässlich ihres Ad-limina-Besuchs am 11. März äußerte sich Johannes Paul II. zur Situation der Kirche in der ČSSR. In seiner Ansprache (Osservatore Romano, 12. 3. 1982) nannte der Papst als *positive Aspekte* des religiösen Lebens in den tschechoslowakischen Diözesen die Intensität des geistlichen Lebens in vielen christlichen Familien, eine Zunahme des Gottesdienstbesuchs und ein Wiedererwachen des religiösen Interesses bei Jugendlichen, die eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens suchten. Ebenso lobte er die Marienverehrung in der ČSSR, wie sie sich am zahlreichen Besuch von Wallfahrtsorten zeige. Den weitaus größeren Teil seiner Ansprache widmete Johannes Paul II. den *Schwierigkeiten für das kirchliche Leben*. Daß der größere Teil der tschechoslowakischen Diözesen noch immer unbesetzt sei, erfülle ihn mit tiefem Schmerz: „Wenn ich sehe, daß ihr nur zu fünf seid, muß ich mich fragen: Wann wird endlich der Augenblick kommen, in dem die Bischöfe aller tschechoslowakischen Diözesen hier anwesend sein können“. Er werde wie schon seine Vorgänger alles tun, damit alle Diözesen würdige Bischöfe haben könnten. Der Papst beklagte die zu geringe Zahl der Priester, die für die angemessene seelsorgliche Betreuung der Gläubigen nicht ausreiche. In einem Brief vom vergangenen Dezember an die tschechoslowakischen Bischöfe habe er darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Bischöfe sei, dafür zu sorgen,

„daß die Priesteramtskandidaten in den Seminaren eine angemessene geistliche, theologische und pastorale Vorbereitung erhalten“. Daß die Zahl der Seminaristen nicht ausreiche, liege nicht am Mangel an Berufungen, sondern beruhe auf Umständen, auf die die Bischöfe keinen Einfluß hätten. Als weiteres wichtiges Problem nannte Johannes Paul II. die Katechese bei Jugendlichen und Familien. Er kenne die Bedingungen, unter denen die Bischöfe der ČSSR ihrer Pflicht nachkommen müßten, den Jugendlichen in ihrem Vaterland eine angemessene religiöse Erziehung zu sichern. Die Bemühungen der Kirche um die Katechese brauche den Beitrag der Familien. Deshalb müsse man jede Anstrengung unternehmen, um die natürliche und religiöse Festigkeit der Familie zu erhalten. Der Papst sprach auch von den Ordensleuten in der ČSSR: „Ich kenne ihre Lebensbedingungen und das Leiden ihres Geistes.“

In scharfer Form hat die Synode der rumänisch-orthodoxen Kirche auf Forderungen des Vatikans nach Wiederezulassung der rumänisch-katholischen Kirche reagiert. Konkreter Anlaß für die Stellungnahme der orthodoxen Synode waren das Eintreten des Vertreters des Heiligen Stuhls bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid für die Wiederezulassung der 1948 zwangsweise in die rumänisch-orthodoxe Kirche eingegliederten unierten Kirche in

Rumänien sowie eine Ansprache des Papstes anlässlich der Bischofsweihe für den neuen Sekretär der Heiligsprechungskongregation, den Rumänen *Traian Crisan*. Bei einer Audienz für eine Gruppe uniierter Rumänen nach der Bischofsweihe am 6. Januar hatte Johannes Paul II. auf den großen Beitrag der uniierter Kirche für die geistige und kulturelle Entwicklung Rumäniens hingewiesen und ausgeführt: „Der Apostolische Stuhl hört nicht auf zu hoffen und sich darum zu bemühen, daß sie anerkannt und ruhig leben kann, wie es ihr ureigenstes Recht ist und wie es sich auch aus den Prinzipien der Religionsfreiheit ergibt, die in den modernen Verfassungen garantiert und durch internationale Dokumente bekräftigt werden.“ Es sei für ihn tröstlich, so der Papst, Informationen über die ungebrochene Treue der rumänischen Katholiken zum Apostolischen Stuhl zu erhalten. Die rumänisch-orthodoxe Synode beauftragte nun ihr Oberhaupt, Patriarch *Justin*, in einem Schreiben an den Papst gegen diese Einmischung des Vatikans zu protestieren, die gegen den Geist der Ökumene gerichtet sei. Patriarch Justin selber nahm kürzlich in einem Interview mit „Le Figaro“ gegen die Forderung Johannes Pauls II. nach einer Wiederzulassung der uniierter Kirche in Rumänien Stellung. Diese Kirche existiere nicht mehr. Die Weihe des uniierter Rumänen Traian Crisan zum Bischof könne in Siebenbürgen neue religiöse Zerwürfnisse hervorrufen. Dieses Verhalten des Papstes könne, so der rumänische Patriarch, alles in Frage stellen, wofür sich die rumänisch-orthodoxe Kirche mit ihren ökumenischen Bestrebungen im katholisch-orthodoxen Dialog eingesetzt habe.

Auf ihrer Frühjahrssitzung vom 1. bis 3. März stellte die Schweizer Bischofskonferenz ihr neues Pastoral Schreiben über „Buße und Bußsakrament“ vor, das sich namentlich mit der Einzelbeichte befaßt. Mit dem Schreiben knüpfen die Schweizer Bischöfe an ihr erstes Schreiben über Buße und Beichte (1970) sowie an ihre Weisungen über die Buße (1974), die die Bußfeier mit gemeinsamem Bekenntnis und sakramentaler Generalabsolution eingeführt hatten, an. Seither hätten die *Bußfeiern* in vielen Pfarreien Eingang gefunden. Sie entsprächen einem echten Bedürfnis, doch dürfe die Sorge für die Einzelbeichte als „Hochform der Buße“ nicht vernachlässigt werden. Zudem dürfe nicht vergessen werden, „daß die Bußfeiern besonders jene Generation angesprochen haben, welche ein Unbehagen gegenüber der alten Beichtpraxis verspürte, sich aber der Notwendigkeit der Buße bewußt war. Wir müssen uns daher ernsthaft fragen, ob auch die junge Generation den Zugang zu den Bußfeiern finden wird“. Viele Jugendliche hätten kaum noch Erfahrung mit der *Einzelbeichte*, und in den meisten Pfarreien werde nur noch von wenigen Gläubigen regelmäßig gebeichtet. Die bislang gut besuchten Bußfeiern hätten „offenbar gemacht, wie tief die Krise der Einzelbeichte ist“. Die Gründe für diese Krise sieht das Schreiben in einer Beichtpraxis, die die Beichte zu einer Überforderung und Last werden lassen konnte, aber auch in einer zunehmenden Entkirchlichung und Entchristlichung, die bald auch die Bußfeiern beeinträchtigen könnten, „wenn sie es nicht da und dort schon tun“. Einzelbeichte und Bußfeiern werden einander nicht entgegengesetzt, sondern sollen sich ergänzen: „In den Bußfeiern kommt in besonderer Weise der Gemeinschaftscharakter der Buße zum Ausdruck; in ihnen ist wieder etwas lebendig geworden von der Öffentlichkeit der Buße ... In der Einzelbeichte steht der persönliche Aspekt im Vordergrund. Sie fordert den einzelnen insofern stärker heraus, als er sich selber und seine Schuld zur Sprache bringen muß.“ – Auf der gleichen Sitzung beriet die Bischofskonferenz auch über pastorale „Richtlinien christlicher Gewissensbildung.“

Aus den Präsidentschaftswahlen in Guatemala am 7. März ist erwartungsgemäß der Regierungskandidat und frühere Verteidigungsminister Anibal Guevara Arce als Sieger hervorgegangen. Nach offiziellen Angaben erhielt er 379 051 von gut 1 Million abgegebenen Stimmen, das sind rund 35 Prozent. Die unterlegenen Kandidaten *Mario Sandoval Alarcón* von der rechtsgerichteten nationalen Befreiungsbewegung (MLN) und der Christdemokrat *Alejandro Maldonado* von der Oppositionsunion erzielten nach diesen Angaben 275 487 bzw. 221 810 Stimmen. Wie bei früheren Wahlen soll es auch diesmal zu Wahlfälschungen in beträchtlichem Umfang gekommen sein. Die Oppositionsparteien forderten daher eine Annullierung der Wahl, die in den Städten unter umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt werden war. Die Bevölkerung des auf einen Bürgerkrieg zusteuernden Landes lebt seit zwei Jahren unter einem Terror rechter und linker Provenienz. Militär und paramilitärische Kommandos gehen mit brutaler Gewalt auch gegen Priester und kirchliche Mitarbeiter vor. In einem vor den Wahlen veröffentlichten *Hirtenbrief* kennzeichnen die guatemalteckischen Bischöfe die Lage in ihrem Land als einen „Alptraum von Tod und Zerstörung“, sprachen jedoch nicht die von vielen erhoffte Verurteilung des Regimes und seiner extremistischen Stützen aus. Papst *Johannes Paul II.* hatte sich am Wahltag an die Bevölkerung des „gequälten Landes“ gewandt und für einen stabilen und sicheren Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit in Guatemala gebetet. Auch die deutschen Bischöfe machten nach ihrer Frühjahrsvollversammlung in einer Erklärung zu Mittelamerika auf die bedrückende Lage von Volk und Kirche aufmerksam. Ende Februar verfügte die guatemalteckische Regierung Einreisebeschränkungen für ausländische Priester. Das Innenministerium begründete die Maßnahme damit, daß mehrere ausländische Geistliche mit der extremen Linken in Verbindung stünden. Der Paderborner Erzbischof *Johannes Joachim Degenhardt* und seinem Generalvikar *Bruno Kresing* war Mitte Februar die Einreise nach Guatemala verweigert worden.

In New Delhi trafen sich vom 22. bis 25. Februar die Vertreter von 41 afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten sowie Delegationen aus China, Jugoslawien und Rumänien zu einer „Süd-Süd-Konferenz“. Die auf Initiative Indiens veranstaltete Konsultation war als Reaktion auf den Stillstand im sogenannten „Nord-Süd-Dialog“ gedacht und markierte zugleich den Willen der Dritten Welt, selbst die Initiative zu ergreifen. Die im Rahmen der UNO durchgeführten Bemühungen um die Aufnahme umfassender Verhandlungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stagnieren seit der „Nord-Süd-Gipfelkonferenz“ von Cancun (Mexiko) vom Oktober 1981; globale Gespräche, wie sie in Cancun angeregt worden waren, wurden bisher nicht aufgenommen. Die Konferenz in New Delhi stand im Zeichen von zwei zentralen Themen: zum einen ging es um die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern. Zum zweiten berieten die Teilnehmer über den Stand der „Nord-Süd-Gespräche“ sowie über eine gemeinsame Strategie im Verhandlungsprozeß (vgl. *Le Monde*, 23. 2. 82). Dabei verfolgt die Süd-Süd-Zusammenarbeit mehrere Ziele. Sie will dazu beitragen, durch gegenseitigen Handelsaustausch und durch wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit die eigenen Möglichkeiten besser zu nutzen und dadurch die Abhängigkeiten von den Industrieländern zu verringern. Gleichzeitig soll sie durch gemeinsames Handeln eine stärkere Gegenmacht gegenüber den Industrieländern auf den Weltmärkten bilden und dadurch die eigene Position verbessern. Davon erhofft man sich u. a. eine Motivierung zu echter Verhandlungsbereitschaft auf Seiten der Industrieländer. Sechs Schwerpunkte wurden in New Delhi als we-

sentliche Ziele bestätigt: der Aufbau eines Allgemeinen Handelspräferenzsystems für den Warenaustausch zwischen Entwicklungsländern; die Kooperation zwischen den staatlichen Handelsorganisationen sowie die Förderung von multinationalen Marketing-Unternehmen; die finanzpolitische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern; die Förderung von multination-

alen Produktionsgesellschaften; die Verstärkung der subregionalen, regionalen und interregionalen Wirtschaftsintegration und -kooperation sowie spezielle Maßnahmen für besonders benachteiligte Länder. Die Süd-Süd-Zusammenarbeit versteht sich dabei nicht als Widerspruch zum Nord-Süd-Dialog, sondern als Voraussetzung für eine fruchtbare Nord-Süd-Zusammenarbeit.

Bücher

JAMES BARR, **Fundamentalismus**. Chr. Kaiser Verlag, München 1981. 313 S. 36,- DM.

Der englische Exeget James Barr schildert in seinem Buch (das englische Original erschien 1977) weder die Geschichte der verschiedenen fundamentalistischen Strömungen als Strang der neueren Kirchen- und Theologiegeschichte, noch gibt er einen Überblick über fundamentalistische Bewegungen und Tendenzen heute mit ihrem konfessionellen und gesellschaftlichen Kontext. Ihm geht es im Ansatz und bei dessen Durchführung um Fundamentalismus als Denkform, wobei er sich in deren Analyse ausschließlich auf Material aus dem angelsächsischen Bereich stützt, dem der Begriff „Fundamentalismus“ ja auch entstammt. Diese Beschränkung hat ihre Probleme, andererseits macht sie das Buch auch für den deutschen Leser erst eigentlich interessant. Barr skizziert religiöse Grundlagen des Fundamentalismus und widmet sich mit besonderer Ausführlichkeit dem Umgang mit der Bibel, wie er für fundamentalistische Positionen charakteristisch ist. Nicht ohne Ironie weist er überzeugend nach, daß das Beharren fundamentalistischer Bibelauslegung auf Irrtumslosigkeit und buchstäblicher Geltung der Bibel zu Inkonsequenzen gegenüber den Texten führt und nicht ohne eklatante Ungereimtheiten durchgehalten werden kann. Gleichzeitig ist dieses Kapitel auch ein Plädoyer für die Grundprinzipien historisch-kritischen Umgangs mit der Bibel. Aufschlußreich sind auch die Beobachtungen zum Verhältnis des Fundamentalismus zur modernen Gesellschaft einerseits und zur wissenschaftlichen Theologie andererseits. Barr weist mit Recht darauf hin, daß sich eine fundamentalistische Auslegung des christlichen Glaubens unter bestimmten Voraussetzungen mit Wissenschaft und säkularisierter Gesellschaft zusammenbestehen kann und zeigt, daß der Fundamentalismus mit seinen spezifischen Zügen erst als Reaktion auf die neuzeitliche Entwicklung von Christentum und Gesellschaft entstehen konnte. Fundamentalismus, so das zusammenfassende Urteil, sei eine „äußerst geschlossene Ideologie“ (S. 282). Mit Recht macht der Bonner evangelische Systematiker *Gerhard Sauter* in seiner Einleitung zur deutschen Ausgabe deutlich, daß sich die Situation des deutschen Protestantismus aufgrund der geschichtlichen Entwicklung zum Teil anders darstellt als im angelsächsischen Raum. Barrs Buch ist dennoch vor allem deswegen nützlich, weil es in einer sehr direkten Art auf Inkonsequenzen, Fehlschlüsse und Ungereimtheiten aufmerksam macht, die nicht nur den eigentlichen evangelikal-konservativen Fundamentalismus prägen, sondern – teilweise in abgeschwächter Form – auch an anderen Stellen auftauchen, wo man der neuzeitlichen Geschichte des Christentums zugunsten einer falsch verstandenen Sicherheit auszuweichen versucht. Die fundamentalistische Versuchung dürfte in nächster Zeit erhöhte Aufmerksamkeit in und außerhalb der Kirche verlangen.

U. R.

HEINZ HENGST, **Kinder und Massenmedien**. Denkanstöße für die Praxis. Verlag Quelle und Meyer, Heidelberg 1981. 103 S. 16,80 DM.

Wie keiner Generation der Vergangenheit ist die Welt der Medien den Kindern heute vertraut. Im Gegensatz zu den Älteren haben sie keine Erinnerung an eine Zeit, in der es Medien nicht gab, in der sie nicht ständig und vielfältig verfügbar waren. Nicht zuletzt wegen der großen Bedeutung, die den Massenmedien in ihrem Leben zukommt und wegen der Selbstverständlichkeit, mit der sie diese handhaben, verkörpern sie einen neuen Typ von Generation. Aber noch sind die kommunikativen Bedürfnisse, die Kinder im Umgang mit Massenmedien zu befriedigen suchen und der tatsächliche Gebrauch, den sie von den Angeboten machen, vergleichsweise gering erforscht. Heinz Hengst, Soziologe an der Bremer Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie, versucht in dem vorliegenden Band aufzuzeigen, „auf welche kommunikativen Bedürfnisse ein differenziertes Medienverbundsystem bei den Kindern trifft, wie es an der Organisation der Wahrnehmung und der Strukturierung der Aneignungsprozesse mitwirkt und zur Aushöhlung des Status Kindheit beiträgt“. Dabei geht der Autor von der Feststellung aus, daß die „Stilisierung der Massenmedien zu Sündenböcken“ für alle möglichen, zum Teil eben nur vermuteten Verfallserscheinungen in den Sozialbeziehungen und in der Gesellschaft in zweifacher Weise problematisch sei. Einerseits lenke sie von den gesellschaftlichen Veränderungen ab, die dazu beigetragen haben, daß den Massenmedien gegenwärtig eine immense Bedeutung zukomme. Zum anderen verstelle sie den Blick dafür, was die Medien in der Auseinandersetzung mit der Realität leisten, auf welche Bedürfnisse sie antworten und welcher Stellenwert ihnen im gesamten Aktivitätenverbund der Individuen beizumessen sei. Ausgedehnte Massenkommunikation, so der Autor, bereite vielen Erwachsenen ein schlechtes Gewissen, und dieses schlage „besonders laut, wenn es um das Medienverhalten der Kinder geht“. Hengst konstatiert verschiedene kommunikative Bedürfnisse, deren Befriedigung in hochindustrialisierten, komplexen und parzellierten Gesellschaften zunehmend mehr in der Medienkommunikation gesucht wird: die „Steigerung des Lebensgefühls und des sinnlichen Erlebens“, das Erleben von „Sicherheit, Vertrautheit und Wiederholung“ und die „Überwindung von Isolation und Herstellung von sozialem Kontakt“. Anhand von zahlreichen Beobachtungen aus der praktischen Arbeit mit Kindern – insbesondere aus dem außerschulischen Bereich – kommt er zu der These, daß Kinder heute „nicht einfach kulturelle Defizite aufweisen, sondern daß sie eine andere Welt und Kultur repräsentieren“. Die Souveränität z. B., mit der unter vollem Medienkonsum aufgewachsene Kinder als Jugendliche eine Auswahl aus dem zur Verfügung stehenden Programm treffen und keines-